Juni 2024

Genfer Depesche





Der neue UNHCR-Flüchtlingsbericht - zehn zentrale Erkenntnisse

Sarah Ultes

Am 13. Juni 2024 legte das UNHCR (Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) seinen neuen Bericht zu globalen Flüchtlingstrends vor. Zehn zentrale Erkenntnisse aus dem Bericht:

1. Zwölfter jährlicher Anstieg der Zahl Vertriebener in Folge: Ende 2023 waren insgesamt 117,3 Millionen Menschen auf der Flucht, ein Plus von 8% (8,9 Millionen Menschen). gegenüber Ende 2022 Obgleich ein erneuter Anstieg, ist dieser jedoch weniger stark als noch im Vorjahr, als 19 Millionen Menschen flüchteten, der höchste jemals gemessene Anstieg im Laufe eines Jahres. Schätzungsweise 40% aller Vertriebenen im Jahr 2023 waren Kinder (bei einem Anteil von 30% an der Weltbevölkerung), 50% waren Frauen und Mädchen. Der Anteil der Binnenvertriebenen stieg auf 68,3 Millionen, ein Wachstum um 50% allein innerhalb der letzten fünf Jahre. 31,6 Millionen waren Flüchtlinge unter dem Mandat des UNHCR, zusätzlich zu 6 Millionen Flüchtlingen unter dem Mandat des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Flüchtende in den Palästinensischen Gebieten (UNRWA), und 5,8 Millionen bedurften internationalen Schutz.¹ Damit erhöhte sich die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf 43,4 Millionen, was einem Anstieg von 7% entspricht. 6,9 Millionen Menschen waren Asylsuchende (+ ca. 26%) und 4,4 Millionen waren staatenlos. Ende April 2024 schätzte das UNHCR, dass die Zahl der Vertriebenen wahrscheinlich bereits 120 Millionen überschritten haben könnte. Dies entspräche etwa der Einwohnerzahl Japans, dem zwölftbevölkerungsreichsten Land der Welt.

2. Hauptfaktoren für den Anstieg 2023: Der Konflikt im Sudan ist mit 10,8 Millionen vertriebenen Sudanesinnen und Sudanesen zum Jahresende einer der Hauptfaktoren für die Vertreibung im vergangenen Jahr. Derzeit gilt der Sudan als die weltweit größte Hungerkrise. Mehr als 26 Millionen Menschen (mehr als die Hälfte der Bevölkerung) sind von einer Hungerkrise (IPC 3 und höher) betroffen, 755.000 Menschen leiden sogar an katastrophalem Hunger (IPC 5) und 14 Gebiete sind von einer Hungersnot bedroht.² Auch die Lage im Gazastreifen stach besonders hervor³, wo allein in drei Monaten 1,7 Millionen Menschen (75% der Bevölkerung) vertrieben wurden. 96% der Bevölkerung sind derzeit zudem von akuter Ernährungsunsicherheit (IPC 4) und 22% von katastrophalem Hunger (IPC 5) betroffen.

Darüber hinaus wurden Millionen Menschen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und in Myanmar vertrieben. Syrien stellte erneut mit 13,8 Millionen Vertriebenen innerhalb und außerhalb des Landes die größte Vertreibungskrise weltweit dar.

Die wichtigsten Herkunftsländer 2023: Rund
73% aller Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat

¹ Die Kategorie wurde Mitte 2022 eingeführt und bezieht sich auf Menschen, die sich außerhalb ihres

Herkunftslandes befinden, da Sie über eine internationale Grenze hinweg vertrieben wurden, bisher jedoch nicht unter anderen Kategorien (wie Asylsuchende, Flüchtlinge, Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen etc.) gemeldet wurden, wohl aber internationalen Schutz benötigen. Sie beinhaltet die vormals eigens aufgeführten Venezolaner, welche offiziell kein Asyl

beantragten, aber dennoch internationalen Schutz gemäß den Kriterien aus der Cartagena-Erklärung von 1984 bedürfen – ein regionales Abkommen, welches breiter ausgelegt ist als die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

² Die neueste Analyse der Integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphase (IPC) für den Sudan finden Sie <u>hier</u> und die neuesten Daten des Welternährungsprogramms (WFP) <u>hier</u>.

³ Mehr Informationen hier.

und Menschen, die internationalen Schutz benötigen, stammten aus nur fünf Ländern, darunter Afghanistan als größtes Herkunftsland sowie Syrien (jeweils 6,4 Millionen), Venezuela (6,1 Millionen), der Ukraine (6 Millionen) und dem Südsudan (2,3 Millionen). An sechster Stelle steht der Sudan mit 1,5 Millionen (+79%), gefolgt von Myanmar, der DR-Kongo, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik. Aus diesen 10 Ländern stammten wie im Vorjahr insgesamt 87% aller Menschen, die weltweit auf der Flucht waren.

- 4. Die wichtigsten Aufnahmeländer 2023: Mit 69% wurden die meisten Menschen, welche vor Konflikten oder Verfolgung flohen, in einem Nachbarland aufgenommen. In absoluten Zahlen löste der Iran die Türkei als das am stärksten betroffene Aufnahmeland ab. Er beherbergte zum Jahresende 3,8 Millionen afghanische Flüchtlinge, dicht gefolgt von der Türkei mit 3,3 Millionen Vertriebenen und Kolumbien mit 2,9 Millionen (hauptsächlich Venezolaner). Deutschland beherbergte 2,6 Millionen und Pakistan 2 Millionen Menschen. An fünfter bis zehnter Stelle standen Uganda, Russland, Tschad, Peru und Äthiopien.⁴ In der EU gab es Ende 2023 insgesamt 7,4 Millionen Flüchtlinge⁵, von welchen Deutschland die meisten aufnahm, gefolgt von Polen und Frankreich. Weltweit beherbergte Deutschland etwa 8% der Flüchtlinge und ist gleichzeitig das einzige Land, das keine gemeinsame Grenze mit einem der wichtigsten Herkunftsländer hat. Die meisten Binnenvertriebenen lebten im Sudan (9 Millionen), in Syrien (7,2 Millionen) und in Kolumbien (7 Millionen), gefolgt von der Demokratischen Republik Kongo, dem Jemen, Somalia, der Ukraine, Nigeria, Afghanistan und Myanmar.
- 5. Regionale Unterschiede, ungleiche Verteilung bleibt: Das ganze Jahr über bestand ein erhebliches Ungleichgewicht bei der Verteilung

- der Flüchtlinge, wobei eine kleine Zahl von Ländern den größten Teil der Verantwortung trug. 80% der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung wurde von Ländern aufgenommen, die zusammen weniger als 20% des globalen Einkommens erwirtschafteten. Länder mit niedrigem und niedrigem bis mittlerem Einkommen, die 0,5% bzw. 8% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschafteten, nahmen 17% bzw. 28% der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung auf, während einkommensstärkere Länder, die 60% des weltweiten BIP erwirtschafteten, 25% aufnahmen.
- 6. Asylsuchende: Im Jahr 2023 wurden 3,6 Millionen neue individuelle Asylanträge registriert (+40%), zusätzlich zu den Wiederholungs- oder Berufungsanträgen, was die höchste jemals verzeichnete Zahl von individuellen Asylanträgen darstellt, etwa ein Drittel mehr als noch Ende 2022. Hiervon wurden mehr als die Hälfte in nur fünf Ländern gestellt: USA (1,2 Millionen, Deutschland (329.100), Ägypten (183.100), Spanien (163.200) und Kanada (146.800). Gleichzeitig warteten 6,9 Millionen Asylsuchende auf eine Entscheidung, was einen Anstieg von 26% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Während die Zahl der Sachentscheidungen im vergangenen Jahr zwar gestiegen ist, übersteigt die Zahl der Anträge seit 2006 jedoch die Zahl der Entscheidungen. Die Zahl der Flüchtlinge, die auf Gruppenbasis anerkannt wurden, hat sich fast verdreifacht. Sie kamen hauptsächlich aus afrikanischen Ländern.
- 7. Konfliktbedingte Vertreibung auf Rekordniveau, Einhaltung des Völkerrechts oberstes Gebot: Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Häufigkeit, Dauer und Intensität von Konflikten und der Zahl der Menschen, die jedes Jahr zur Flucht gezwungen werden. Gewaltsame Vertreibungen sind daher zunehmend eine Folge des Versagens bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit. UNHochkommissar Filippo Grandi betonte daher:

⁴ Türkiye nahm überwiegend syrische Flüchtlinge auf. Deutschland nahm hauptsächlich Flüchtlinge aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan auf; Pakistan nahm vor allem afghanische Flüchtlinge auf; Uganda nahm überwiegend Flüchtlinge aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo auf. Die große Mehrheit der Flüchtlinge in Russland kam aus der Ukraine und einige aus Afghanistan. Die meisten Flüchtlinge aus

dem Tschad stammten aus dem Sudan und einige aus der Zentralafrikanischen Republik. Die meisten Menschen, die in Peru internationalen Schutz benötigten, stammten aus Venezuela, einige auch aus Kolumbien und Kuba. Äthiopien nahm hauptsächlich südsudanesische und somalische Flüchtlinge auf.

⁵ Mit Asylsuchenden stand die Zahl bei 8,4 Millionen Menschen.

es sei "höchste Zeit für die Kriegsparteien (…), die grundlegenden Gesetze im Krieg und das Völkerrecht respektieren".⁶ Gemäß dem gemeinsamen Artikel 1 der Genfer Konvention schließt dies ebenso die Pflicht derjenigen Staaten mit Einfluss auf die Konfliktparteien ein, ihrerseits auf die Einhaltung zu drängen. Zunehmend überschneiden sich Länder in Konfliktsituationen befinden, mit solchen, die klimabedingten Gefahren besonders ausgesetzt sind.

- 8. Die Klimakrise betrifft Vertriebene zunehmend: Ende 2023 lebten fast drei Viertel der Vertriebenen in Ländern mit hoher bis extremer Bedrohungslage bezüglich klimabedingter Gefahren. Letztere verschärfen zunehmend den Schutzbedarf und die Risiken und führen zu neuen, weiterführenden und andauernden Vertreibungen. Zu den Ländern, die am stärksten von der Klimakrise und den Konflikten betroffen waren, gehörten die Demokratische Republik Kongo, Somalia, der Sudan, Syrien und der Jemen, wobei der Sudan besonders hervorstach. Dem Bericht zufolge werden die Gefahren im Laufe der Zeit in einer Reihe von Regionen noch zunehmen, insbesondere in Zentralamerika, West- und Ostafrika und Südasien. Während die meisten Menschen, die aufgrund der negativen Auswirkungen des Klimawandels und von Katastrophen vertrieben werden, als Binnenvertriebene in ihrem eigenen Land bleiben, übergueren einige von ihnen internationale Grenzen, womit sich auch zunehmend die Frage nach ihrem Status stellt.
- 9. Unterfinanzierung, Abhängigkeit von wenigen Gebern: Das UNHCR schätzt den Finanzbedarf für 2024 auf 10,76 Milliarden US-Dollar. Davon waren bis Ende Juni 2024 nur 26% gedeckt, weniger als zum selben Zeitpunkt in den Vorjahren. Dies spiegelt ähnliche Tendenzen wie bei anderen humanitären Organisationen wider und ist ein Zeichen für den Druck, dem das System für die Finanzierung humanitärer Hilfe als Ganzes ausgesetzt ist. Derzeit belaufen sich die freiwilligen Beiträge auf schätzungsweise 2,7 Mrd. US-Dollar, wobei nur 6%

der Mittel frei verfügbar sind. Wie in den vergangenen Jahren bleiben die USA der bei weitem wichtigste Geldgeber (Stand: Ende Juni: 22,7% der Beiträge, fast die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr, wobei zu befürchten ist, dass dieser Anteil im nächsten Jahr noch weiter schrumpfen könnte), gefolgt von der Europäischen Kommission (10,5%), Schweden (6,8 %), Dänemark (5,6%), Frankreich (5,3%), Japan (4,5%), den Niederlanden und Norwegen (je 4%) sowie Deutschland (3,1%). 17 EU-Mitgliedstaaten stellten 30,9% der Mittel zur Verfügung, die Europäische Kommission sogar 41,4%. Alle anderen staatlichen Geber zusammen (die USA ausgenommen) deckten nur die Hälfte davon ab, etwa 20,5%. Private Geber trugen bisher 12% bei.7

10. Einige Fortschritte bei längerfristigen Lösungen: Insgesamt 6,1 Millionen Vertriebene kehrten bis 2023 zurück, ein kleiner Hoffnungsschimmer. Jedoch waren 4 von 5 der 1,1 Millionen zurückgekehrten Flüchtlinge, Ukrainer oder Südsudanesen. Letztere kehrten aus dem vom Krieg zerrütteten Sudan zurück. Der sprunghafte Anstieg der Zahl der aus Pakistan zurückkehrenden Afghanen ist zum Teil auf Abschiebungen und die Umsetzung eines illegalen Rückführungsplans zurückzuführen. Die meisten Rückkehrer kehrten daher nicht in Sicherheit und Würde zurück. Wie dauerhaft dieser Trend ist, steht daher in Frage. Darüber hinaus kehrten im vergangenen Jahr 5,1 Millionen Binnenvertriebene zurück, hauptsächlich aus der Ukraine und der Demokratischen Republik Kongo. Während die Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, welche die Rückkehr antraten, um 22%, respektive 39% fiel, sowie wurden 2023 mehr Anstrengungen im Bereich Umsiedlung unternommen (+ 39%). Letztere deckten damit dennoch lediglich 8% der vom UNHCR definierten Bedarfe ab. Die Zahl der Einbürgerungsbemühungen waren 2023 rückläufig (- 39%), Der wichtigste legale Weg für Flüchtlinge war im vergangenen Jahr die Familienzusammenführung.

⁶ Siehe <u>hier</u>.

⁷ Mehr <u>hier</u>. Eine grafische Darstellung findet sich in der <u>Karte</u> <u>des Monats Juni 2024</u>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Sarah Ultes Wissenschaftliche Mitarbeiterin Multilateraler Dialog Genf Europäische und Internationale Zusammenarbeit sarah.ultes@kas.de



The text of this work is licensed under the terms and conditions of from "Creative Commons Attribution-Distribution at level playing field 4.0 internationally", CC BY-SA 4.0 (available at: https://creativecom